



© Deutscher Bundestag / Lichtblick / Achim Melde

Folgen des Hartz-IV-Urteils

„Leistung muss sich lohnen“ - Deshalb: Mindestlohn jetzt!

von Manfred Nink

Am 9. Februar hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) über die Bemessung der Regelleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II („Hartz IV“) geurteilt und sie für nicht verfassungsgemäß befunden. Daraufhin hat sich eine öffentliche Debatte entwickelt, die sozialdemokratische Positionen erfordert.

Im Bundestagswahlkampf habe ich den Satz häufig gebraucht: „Wer arbeitet, muss einen Lohn erhalten, von dem man vernünftig leben kann.“ Vom FDP-Vorsitzenden hört man in diesen Tagen ähnliches: „Leistung muss sich lohnen.“ Die Schlussfolgerungen, die von der SPD auf der einen und Westerwelle auf der anderen Seite gezogen werden, sind allerdings grundlegend andere. Während Westerwelle versucht, Schwache gegen Schwächere, Geringverdiener gegen Arbeitslose auszuspielen, fordert die SPD-Bundestagsfraktion hingegen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

Das Bundesverfassungsgericht stellt in seinem Urteil auf die Wahrung der Menschenwürde ab. Dies muss auch für das Einkommen aus Arbeit gelten. Wer Vollzeit erwerbstätig ist, muss ein Einkommen erzielen, mit dem er oder sie oberhalb des Grundsicherungsni-

veaus liegt. Deshalb ist eine Mindestlohnregelung unerlässlich. Wer wie die FDP Mindestlöhne verweigert und stattdessen Sozialhilfe plus Hinzuerdienst durch Billigjobs propagt, verschärft das Problem, das er beklagt. Immer mehr Menschen geraten dadurch in die Abhängigkeit von staatlichen

Kinder tun. Wir brauchen kostenfreie Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Vorschulalter, den Ausbau von Ganztagschulen, ein kostenfreies Mittagessen, die Weiterentwicklung von gezielten Familienleistungen, und wir müssen allen Kindern den Zugang zu Sport und Kultur ermöglichen.



Zweiter Anlauf bei Hartz IV: Neue, transparentere und bessere Bemessungsverfahren für die Regelsätze müssen gefunden werden.

| Foto: www.arbeitsagentur.de

Lohnersatzleistungen.

Die Debatte drängt ein weiteres Ergebnis des Urteils in den Hintergrund: Kinder sind keine kleinen Erwachsene. Deshalb sind eigenständige Regelsätze für Kinder nötig. Und wir müssen noch mehr für

Diese Maßnahmen haben für die SPD eindeutig Vorrang vor unfinanzierbaren Steuersenkungen, die den Ländern und den Kommunen die finanziellen Möglichkeiten für den Ausbau der Infrastruktur entziehen.

2 | Die Bundespolitik

Nein zur Kopfpauschale

Union und FDP greifen Stütze des deutschen Sozialstaates an

Der Wohlstand der deutschen Gesellschaft fußt nicht zuletzt auf einem solidarischen Gesundheitswesen. Krankheit ist ein Lebensrisiko, das niemand alleine tragen kann. Gesunde stehen für Kranke ein, Kranke erhalten alle notwendigen medizinischen Leistungen. Die Regierung und allen voran ihr Gesundheitsminister Rösler (FDP) wollen das nun ändern.

Union und FDP wollen die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger den Gesetzen des freien Marktes ausliefern. Sie planen, die Beiträge zur Krankenversicherung einkommensunabhängig zu erheben. Im Klartext bedeutet dies, dass die Regierung eine Kopfpauschale im Gesundheitssystem einführen will. Die Sekretärin soll zukünftig genauso viel für ihren Krankenversicherungsschutz bezahlen wie ihr Chef. Das ist unsozial.

Viele Kassen erheben seit neuestem einkommensunabhängige Zusatzbeiträge. Diese sind der Einstieg in die Kopfpauschale. Zwei Behauptungen müssen in diesem Zusammenhang richtig gestellt werden:

1. Die SPD hätte die Zusatzbeiträge, die nun erhoben werden, mitzuverantworten. Richtig ist: Die Regelung ist im Rahmen der Gesundheitsreform 2007 in der großen Koalition gegen den Willen der SPD ermöglicht worden. Die Reform war ein Kompromiss zwischen dem Bürgerversicherungsmodell der SPD und der Kopfpauschale der Union. Die Sozialdemokraten mussten diese Kröte schlucken, um ihrerseits z.B. die Öffnung von hochspezialisierten Krankenhaus-

ambulanzen für gesetzlich krankenversicherte schweranekke Patienten durchzusetzen.

2. Ein Sozialausgleich soll für Gerechtigkeit im System der Kopfpauschale sorgen und Menschen mit geringem Einkommen entlasten, sagen Union und FDP. Richtig ist: Nach Berechnungen des CDU-Finanzministers Schäuble ist der Sozialausgleich nicht über die Einkommenssteuer zu finanzieren. Das Finanzvolumen beträgt zwischen

Die SPD fordert deshalb: Fänger weg vom Solidarprinzip im Gesundheitssystem. Die SPD steht für die solidarische Bürgerversicherung, in die alle ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend einzahlen. Zugleich fordere ich als Sozialdemokrat aber auch mehr Effizienz und Kontrolle. Unser Gesundheitssystem darf nicht zum Selbstbedienungsladen für Pharmaindustrie, Ärzte und Apotheker werden.

Manfred Nink MdB



22 und 35 Milliarden Euro. Der Spaltensteuersatz müsste auf über 70 Prozent angehoben werden. Der Ausweg über die Mehrwertsteuer würde diese auf bis zu 23 Prozent hochtreiben. Auch dieser Weg erscheint also mehr als unwahrscheinlich. Ungerecht bleibt der Sozialausgleich auch deshalb, weil jeder, der die Kopfpauschale nicht aus eigener Tasche aufbringen kann, automatisch zum Bittsteller und Sozialleistungsempfänger wird - und das obwohl er jeden Tag arbeiten geht.

Petition im Internet

Im Internetangebot der SPD (<http://www.spd.de/petition/kopfpauschale/index.html>) ist momentan jede Stimme gegen die Kopfpauschale und für ein solidarisches Gesundheitssystem für alle gefragt.

Mehr dazu auch auf Seite 4 dieser Spreebrief-Ausgabe.

Das Bürgerbüro als Servicestelle

Die Christophstraße 1 steht offen für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger

Bundestagsabgeordnete stehen 22 Wochen im Jahr in der Pflicht, im Parlament und den Berliner Gremien präsent zu sein. Darüber hinaus wollen und müssen sie für die Menschen in ihren Wahlkreisen und für die Aktiven in ihrer Partei zuverlässig erreichbar sein. Ein Ziel, das ohne Unterstützung nicht zu schaffen ist. Arbeitsfähige Büros sind daher unerlässlich; mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die den kurzen Draht zum Abgeordneten gewährleisten.

Das Bürgerbüro im Wahlkreis soll Anlaufstelle sein. Für Menschen mit Fragen, Problemen oder Sorgen ebenso wie für die „Basis“ unserer Partei. Dies setzt neben einer zuverlässigen Erreichbarkeit Flexibilität, Kompetenz, Engagement und Erfahrung voraus, um den Bedürfnissen gerecht zu werden.

Die SPD hat im vergangenen September bei den Wahlen einen „mit der großen Bratpfanne“ (Andrea Nahles) kassiert. Daraus müssen wir Konsequenzen ziehen. Über innerparteiliche Folgerungen wurde auf dem Parteitag in Dresden im November diskutiert. Auch nach außen muss die SPD wieder selbstbewusster und wahrnehmbarer werden. Wir waren für die Menschen im

Land stets die „Kümmerer“: die, die sich ihrer Sorgen annahmen. Vielerorts sind wir es noch. Doch wir

nützlich, der einen Brief schreibt, Auskünfte einholt oder Leistungen anmahnt.



Maria Dixius und Joachim Bell helfen Manfred Nink bei der Wahlkreisbetreuung.

müssen diese Funktion flächendeckend wieder stärker wahrnehmen. Dazu brauchen wir gut funktionierende Ortsvereine und engagierte Mitglieder. Diese wiederum will unser Bürgerbüro unterstützen, das sich als Eure Servicestelle versteht.

Wie sieht diese Unterstützung aus? Manchmal reicht eine Information. Oder es wird ein Argumentationspapier gebraucht. Nicht selten ist die Autorität des Abgeordneten

Wir helfen, vermitteln, erklären, besorgen. Und wenn nötig, auch mehr! Das sind – über das Programmatische der „großen“ Politik hinaus – Dienstleistungen, die die Politik und unsere Partei für die Menschen attraktiv machen. Unser Bürgerbüro will Euch professionell unterstützen, wenn Ihr „vor Ort“ für die SPD einsteht und die Sozialdemokratie vor den Bürgerinnen und Bürgern vertreten. *J. Bell*

Nutzt unser Angebot!

Im Bürgerbüro in der SPD-Regionalgeschäftsstelle am Trierer Baldiinsbrunnen unterstützen Maria Dixius und Joachim Bell den SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Nink bei seiner Mandatsausübung – und stehen Euch für Eure An-

liegen zur Verfügung. Ihr erreicht das Büro telefonisch unter (0651) 9759940, über Internet unter www.manfred-nink.de, per Mail unter manfred.nink@wk.bundestag.de und natürlich auch persönlich in der Christophstraße 1 (wo gerade

tatkräftig an einem besseren Zugang gearbeitet wird). Und wenn gerade keiner „zu Hause“ ist, helfen Mirabell Schatz und Marcel Piest im Berliner Büro ebenso gerne weiter, die unter (030) 22 77 33 17 erreichbar sind.

4 | Aus Partei und Fraktion

Zu Besuch bei Nestwärme e.V.



Manfred Nink hat sich am 3. Februar über die Arbeit des Familienvereins Nestwärme e.V. informiert. Nink will sich für die Verbesserung des barrierefreien Zugangs des Altbau am Balduinsplatz, in dem der Verein untergebracht ist, einsetzen. Seine Unterstützung sagte er der Vorsitzenden Petra Moske, dem Koordinator des Mehrgenerationenhauses René Schaefer und der stellv. Vorsitzenden Elisabeth Schuh (v.l.n.r.) zu.

Kopfpauschale verhindern

Liebe Freundinnen und Freunde!

Am vergangenen Montag hat die SPD eine Unterschriftenaktion gegen die Einführung der Kopfpauschale im Gesundheitssystem und für die Rettung der solidarischen Gesundheitsversorgung für alle ins Leben gerufen.

Inzwischen haben im Internet über 15.000 Unterstützerinnen und Unterstützer unterschrieben. Wie so oft in der Politik zählt auch hier jede Stimme. Deshalb möchte ich Euch bitten, dass Ihr Euch ebenfalls online auf <http://www.spd.de/petition/kopfpauschale/index.html> in die Unterschriftenliste eintragt. Sprecht mit Euren Verwandten und Freunden über das Thema.

Ihr findet auf der genannten Internetseite viele weitere Informa-

tionen zu den Vorhaben der Bundesregierung und zum SPD-Modell der Bürgerversicherung. Ihr könnt dort auch Unterschriftenlisten, Flyer, Flugblätter und Broschüren zum Ausdrucken herunterladen und/oder im SPD-Shop bestellen.

Vielleicht findet der eine oder andere Ortsverein eine Gelegenheit, eine Veranstaltung zu diesem Thema oder einen Infostand zu organisieren. Jede Aktion zählt. Bitte teilt meinem Trierer Büro mit, wenn ihr zu diesem Thema etwas auf die Beine stellen wollt.

*Herzlichst,
Euer*

Seit dem letzten Spreebrief

1. bis 7. Februar

Sitzung des Kreistags Trier-Saarburg, Gespräch mit der Trierer Medienwissenschaft

8. bis 14. Februar

Treffen mit Mitgliedern LSAP in Oberbillig

15. bis 21. Februar

Politischer Aschermittwoch des SPD-Ortsvereins Bitburg, Besuch Bundespräsident Köhler in Trier, Besuch der Firma Alvitra, Infogespräch mit dem Präsidenten der IHK Trier, Schulbesuch AMG Trier

22. bis 28. Februar

Öffentliche Anhörung des Petitionsausschusses zum Zugangserweiterungsgesetz, Infogespräch mit Leistungskurs Geschichte des Gymnasiums Hermeskeil in Berlin, Sitzungswoche des Bundestages, Erstes Treffen der neuen „Trierer Runde“

1. bis 4. März

Sitzungswoche des Bundestages, Sitzung mit Arbeitskreis Wirtschaft und Verkehr der SPD-Landtagsfraktion RLP, Infogespräch mit DB AG, Gespräch mit DGB Einzelgewerkschaften, Infogespräch mit OPEL-Gesamtbetriebsrat

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de